

Kantone beraten über Fernunterricht

Berner Zeitung, 15.1.2021

Bildung Die kantonalen Erziehungsdirektoren haben heute eine wichtige Sitzung. Nachdem der Bundesrat am Mittwoch bereits einschneidende Massnahmen beschlossen hat, wollen die Kantonsverantwortlichen gemeinsam beraten, ob man auch bei den Schulen noch nachjustieren muss. Das Umstellen auf Fernunterricht liegt in ihrer Zuständigkeit. Jedoch hat gerade

der Kanton Bern sich bisher stets dafür starkgemacht, dass man allfällige Schulschliessungen schweizweit koordinieren solle. Zudem herrscht mehrheitlich Konsens, dass Fernunterricht in den unteren Primarschulklassen die Ultima Ratio wäre. Anders sieht es bei Gymnasien und Berufsschulen aus. Zudem haben sich auch erstmals die Lehrer zu Wort gemeldet. *(bol)* **Seite 3+13**

Jetzt sind auch Schulschliessungen wieder ein Thema

Nach Lockdown-Entscheid Die Kantone beraten heute Freitag gemeinsam, ob und auf welchen Bildungsstufen wieder auf Fernunterricht umgestellt werden soll.

Heute Vormittag treffen sich die kantonalen Erziehungsdirektoren zu einer wichtigen Sitzung. Das Thema: Sollen die Schulen – insbesondere Gymnasien und Berufsschulen – wieder auf Fernunterricht umstellen? Nachdem der Bundesrat am Mittwoch die Schrauben noch einmal deutlich angezogen hat, verspüren auch die Kantone den Druck, etwas machen zu müssen. Schulschliessungen liegen nach wie vor in ihrer Zuständigkeit.

Bildungsdirektorin Christine Häslar hat letzte Woche im Interview mit dieser Zeitung klargestellt, dass der Kanton Bern einen solchen einschneidenden Entscheid nicht allein fällen würde. «Wir wollen nicht, dass es in jedem Kanton anders läuft. Ein Umstellen auf Fernunterricht braucht schweizweit ein koordiniertes Vorgehen», so Häslar.

Erfahrungen aus England

Das Erarbeiten einer solchen gemeinsamen Position steht nun heute also auf dem Programm. Danach will man das weitere Vorgehen mit dem Bundesrat absprechen. Dieser soll am Mittwoch über mögliche Schulschliessungen beraten.

Sorge bereitet auch hinsichtlich der Schulen die mutierte Virusvariante B117, die im Dezember erstmals in Grossbritannien festgestellt wurde. Gemäss ersten Erkenntnissen zirkulierte die Virusmutation in den Tagen vor Weihnachten bereits an zahlreichen englischen Schulen, was mit zum heftigen Ausbruch geführt haben dürfte. In Grossbritannien wurde bereits einen Tag nach den Winterferien wieder auf Fernunterricht umgestellt – für mindestens sechs Wochen.

Zwar haben Kinder meist keine oder nur milde Symptome. Doch stecken auch sie sich genauso häufig an wie Erwachsene. Entsprechend können sie es auch an andere Personen weitergeben. So hat eine Studie der Uniklinik Genf ergeben, dass bei Kindern über sechs Jahre genauso oft Antikörper nachgewiesen werden wie bei der restlichen Bevölkerung. Entsprechend dürften sie auch empfänglicher für die hoch ansteckende Variante B117 sein.

Kanton Bern wäre «bereit»

Die sozialen Folgekosten von Schulschliessungen sind aber enorm hoch. Gerade bei den

unteren Schulstufen gibt es deshalb einen breiten Konsens, dass das Umstellen auf Fernunterricht die Ultima Ratio wäre. Bei den Gymnasien oder Berufsschulen hingegen dürfte der Verzicht auf physischen Unterricht deutlich leichter fallen.

Auf Anfrage bekräftigt die Berner Bildungsdirektion (BKD) ihre bisherige Haltung. «Die Schutzkonzepte der Schulen auf der Sekundarstufe II haben sich bewährt. Die Schulen halten sich an die Szenarien, welche wir gemeinsam mit Vertretungen der Politik, der Lehrbetriebe, der Berufsfachschulen, der Gymnasien und der Gewerkschaften festgelegt haben», sagt Martin Werder, Leiter Kommunikation der BKD.

Lehrpersonen beunruhigt

Jedoch werde das geltende Szenario laufend überprüft. «Wenn Schulschliessungen aufgrund der epidemiologischen Lage notwendig sind, werden die Schulen für den Fernunterricht bereit sein. Die Bildungs- und Kulturdirektion wird jedoch keinen Alleingang machen, sondern ihr Vorgehen mit den anderen Kantonen koordinieren.» Werder verweist auf die heutige Sitzung

der eidgenössischen Konferenz der Erziehungsdirektionen.

Den Druck, zusätzliche Schutzmassnahmen zu ergreifen, verspüren die Behörden nun erstmals auch öffentlich seitens der Lehrerinnen und Lehrer. Der Berufsverband Bildung Bern hat nach den Verschärfungen vom Mittwoch ein Positionspapier verschickt. Wenn die Wissenschaft Schulschliessungen empfehle, würden auch sie dies unterstützen, schreiben sie. «Fernunterricht soll dann prioritär auf der Oberstufe und der Sek II umgesetzt werden. Nur falls absolut nötig auch auf der Primarstufe.» Zudem müsse diskutiert werden, ob auch Kinder der 5. und 6. Klasse im Unterricht eine Maske tragen müssen.

Weiter fordert Bildung Bern, dass Lehrerinnen und Lehrer aufgrund ihrer Exponiertheit ein prioritäres Impfrecht geniessen. Ausserdem müsse an Berner Schulen mehr getestet werden. Der Kanton Graubünden hat diese Woche als erster Kanton angekündigt, dass er auch in den Schulen solche Schnelltestversuche vermehrt einsetzen wolle.

Quentin Schlapbach

Nur die Eltern sollen draussen bleiben

Kantone beraten Die Schulen zu schliessen, wäre das allerletzte Mittel.

Für die Waadtländer SP-Staatsrätin Cesla Amarelle ist klar: «Wir wollen keine Schulen schliessen.» Die Regierung habe sich verpflichtet, den Schulbetrieb möglichst normal weiterzuführen, und sie wolle nicht auf Fernunterricht umstellen.

So wie Amarelle denken etliche Bildungsdirektorinnen und -direktoren, wie eine Umfrage dieser Zeitung bei neun Kantonen zeigt: Sie sprechen sich klar gegen Schulschliessungen aus, sie seien das allerletzte Mittel. Der Schaden für Kinder und Eltern wäre gross, der Nutzen ungewiss, heisst es. Oder wie es die Genfer Bildungsdirektorin Anne Emery-Torracinta (SP) formuliert: «Eine Schliessung wirkt sich sehr nachteilig auf die Karriere der Schülerinnen und Schüler aus. Beim geringen Gesundheitsrisiko in der obligatorischen Schule wollen wir dies nicht in Kauf nehmen.»

Nur: Das mutierte Virus verdoppelt sich zurzeit jede Woche. «Die Kantone müssen sich gut überlegen, was das für die Schulen bedeutet», sagte Bundesrat Alain Berset am Mittwoch vor den Medien. Nun wartet er auf die Vorschläge der Kantone, die ihm aufzeigen sollen, wie sie den Unterricht an der Volksschule in den nächsten Wochen und Monaten weiterführen wollen – anders als bei den Läden oder bei der Pflicht zum Homeoffice überlässt der Bundesrat dies den Kantonen.

So erarbeiten diese zurzeit Konzepte für mögliche Szenarien, auch in gegenseitiger Absprache, wie sie betonen. Welche Massnahmen die Erziehungsdirektorenkonferenz schliesslich dem Bundesrat vorlegen wird, ist noch offen. Klassenlager wurden vielerorts längst gestrichen, der Sportunterricht ersetzt. Jetzt steht etwa in den Kantonen Bern oder Aargau eine erweiterte Maskenpflicht zur Diskussion, im Aargau aber auch Fernunterricht für ältere Schülerinnen und Schüler bis hin zu einer kompletten Schulschliessung mit Fernunterricht. «Leider muss dies wieder als Option mitgedacht werden», hält dieser fest.

Der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker (SVP) will den Schulbetrieb sicherer machen, um eine Schliessung zu verhindern. Neben einer rigorosen Maskenpflicht erwägt er, Eltern den Zutritt zu Schulhäusern zu verbieten – nach dem heutigem Wissensstand seien nicht jüngere Kinder die relevanten Verbreiter des Virus, sondern Erwachsene, begründet er. Auch die Waadtländer Regierungsrätin Cesla Amarelle sagt mit Verweis

auf eine Studie, dass es häufig Erwachsene gewesen seien, die das Virus in die Schulhäuser getragen hätten, nicht Kinder.

Unterstützung bekommen Amarelle und Kölliker auch von Vertretern der Lehrerschaft und Bildungsverbänden. «Wir freuen uns an sich, wenn Eltern ins Schulhaus kommen. Zurzeit ist dies aber nicht angezeigt», sagt Thomas Minder, Präsident des Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz. Eltern kämen ins Schulhaus, um Kuchen für eine Geburtstagsfeier zu bringen, oder sie redeten noch miteinander, nachdem sie ihre Kinder vor dem Schulhaus abgesetzt hätten. Dagmar Rösler, die Präsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, findet es sinnvoll, wenn Eltern im Moment nur noch auf Einladung von Schulleitung oder Lehrperson ins Schulhaus dürften.

Was schlagen die Schulvertreter vor? Falls die Massnahmen verschärft werden müssten, sollten in erster Linie ältere Kinder und Jugendliche für eine begrenzte Zeit von zu Hause aus arbeiten. Auch ein Ampelsystem wäre denkbar. «So hätten Lehrer und Schüler eine Perspektive und könnten besser abschätzen, was auf sie zukommt», sagt Rösler.

Gleiche Regeln für alle

Hingegen würden sie nicht akzeptieren, wenn die Schulen geschlossen würden, nur um die allgemeine Mobilität zu senken. Dazu gebe es andere Möglichkeiten, sagt Thomas Minder. «Wir tragen letztlich jede Massnahme mit, wenn sie etwas bringt.» Nicht aber jene, die nur der Signalwirkung wegen ergriffen würden. Praktisch alle angefragten Kantone begrüssen es ausdrücklich, dass nicht der Bundesrat, sondern sie selber entscheiden, wie die Schulen die Corona-Regeln anpassen müssen. Weniger glücklich darüber sind die Schulvertreter. «Nach dem Lockdown galten fast in jedem Kanton und in jeder Gemeinde wieder andere Vorgaben, und das führte zu verwirrenden Situationen», sagt Rösler.

Laut Minder sind Massnahmen auch schwieriger durchzusetzen, wenn die Schülerinnen und Schüler etwa sähen, dass ihre Kollegen im Nachbarkanton keine Masken tragen müssten. So fordern Rösler wie Minder, dass mindestens die Grossregionen einheitliche Regelungen einführen sollen. Besser aber das ganze Land.

**Janine Hosp und
Jacqueline Büchi**



Zur Diskussion steht eine erweiterte Maskenpflicht. Foto: Raphael Moser